



RECHNUNGSHOF

3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240

Tel. (0 22 2) 711 71/0 oder

Klappe

Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a

DVR: 0064025

Telefax 712 94 25

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.

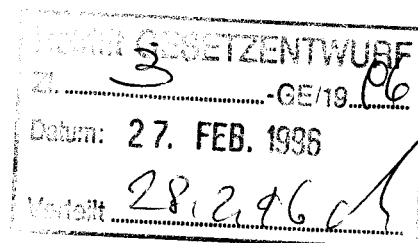
An das

Präsidium des
Nationalrates

Parlamentsgebäude
1017 Wien

Zl 31-01/96

Betrifft: Entwurf einer Novelle zum Luftfahrt-
gesetz - Begutachtung und Stellung-
nahme;
Schreiben des BMöVV vom 29. De-
zember 1995, Zl Pr.Zl. 58.502/28-7/95



L. Klausgraben

In der Anlage beehrt sich der Rechnungshof, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum
ggstl Gesetzesentwurf zu übermitteln.

Anlage

21. Februar 1996

Der Präsident:

Fiedler

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:
[Signature]



RECHNUNGSHOF
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240
Tel. (0 22 2) 711 71/0 oder

Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a
DVR: 0064025
Telefax 712 94 25

An das
Bundesministerium für
öffentliche Wirtschaft und Verkehr

Radetzkystraße 2
1031 Wien

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.

Zl 31-01/96

Betrifft: Entwurf einer Novelle zum Luftfahrt-
gesetz - Begutachtung und Stellung-
nahme;
Schreiben des BMöWV vom 29. De-
zember 1995, Zl Pr.Zl. 58.502/28-7/95

Der Rechnungshof (RH) bestätigt den Erhalt des Entwurfes einer Novelle zum Luftfahrtge-
setz und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Mit Inkrafttreten der §§ 146 bis 170 in der vorgeschlagenen Fassung werden die bisher
noch geltenden Bestimmungen des Luftverkehrsgesetzes außer Kraft treten (§ 177 Abs 2 des
Entwurfes). Damit würde auch die bisher im § 29g des Luftverkehrsgesetzes enthaltene
Ausnahme von der Versicherungspflicht für den Bund und andere bestimmte Gebietskör-
perschaften aus dem Rechtsbestand ausscheiden, weil in den nunmehr vorgesehenen
§§ 146 bis 170 des Luftfahrtgesetzes eine derartige Ausnahmebestimmung nicht enthalten
ist. Der RH regt an, die erwähnte Ausnahme von der Versicherungspflicht im gegebenen
Umfang auch in der neuen Rechtslage ausdrücklich beizubehalten.

Von dieser Stellungnahme werden ue 25 Ausfertigungen dem Präsidium des Nationalrates
und je zwei Ausfertigungen Herrn Staatssekretär im Bundeskanzleramt Mag Karl Schlögl
sowie dem Bundesministerium für Finanzen übermittelt.

21. Februar 1996

Der Präsident:

Fiedler

Für die Richtigkeit
der Auffassung:
[Handwritten signature]